

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 68 (1976)
Heft: 3

Buchbesprechung: Buchbesprechungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Buchbesprechungen

Zwei Broschüren über die Probleme der Wohlstands- und Industriegesellschaft. Viele leiden heute unter Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, ungerechter Entlohnung, harten Arbeitsbedingungen, Strassenlärm und anderem mehr; und das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des Staatsapparates sind für sie unverständlich, undurchschaubar geworden, ein Knäuel von Problemen, unter denen sie leiden, für die sie aber keine Lösung sehen. In dieser Lage bieten sich zwei Broschüren an, die dem Leser eine gewisse Orientierung und Selbstfindung erlauben.

Die erste Broschüre trägt den Titel *«Erst der Mensch, dann der Profit»*, ist verfasst von G. Weigner, B. Moosbrugger und A. Rich (Pendo-Verlag Zürich, 96 Seiten, 40 Aufnahmen, Fr. 8.50). Sie versucht, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge unserer Industriegesellschaft in einfachen Worten und Bildern aufzuzeigen, mit Fragen den Leser zum Nachdenken anzuregen und komplizierte Probleme in vereinfachter Form darzustellen. Es werden aufgedeckt die Mängel und Widersprüche in unserer Wohlstandsgesellschaft: materieller Wohlstand geht auf Kosten der Entwicklungsländer; er wird bezahlt durch schwere Schädigung von Umwelt, Wasser und Luft, durch Fliessbandarbeit, übersteigertes Arbeitstempo, durch überspitzte Arbeitsteilung usw.; chronische Inflation bedroht das Sozialversicherungswesen. Aus Sklaven und Leibeigenen sind zwar in jahrhundertelangen Sozialkämpfen Arbeitnehmer geworden, aber die Macht der multinationalen Konzerne und der Grossunternehmen nimmt trotzdem zu, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die Abstimmung der Produktion auf die Umwelt und die wahren Bedürfnisse des Menschen sind noch ungelöste Probleme. In dieser Lage brauchen wir Menschen bis hinein in die Macht- und Entscheidungsstrukturen der Industriegesellschaft, die sich ihrer sozialetischen Verantwortung bewusst sind, aber auch aufgrund ihres theoretischen Wissens und ihrer praktischen Erfahrung wissen, wo und wie in Politik und Unternehmen der Hebel angesetzt werden muss, um eine menschengerechtere Ordnung zu erkämpfen. Leider fehlen am Schluss der Broschüre Literaturangaben, die für das Weiterstudium der behandelten Probleme und die sozial- und wirtschaftspolitische Praxis nützlich wären.

Die zweite Broschüre trägt den Titel *«Verantwortung des Christen in Arbeit und Wirtschaft»* (26 Seiten, Sekretariat Synode 72, Solothurn Fr. 2.-) und ist Frucht der Bischofsynode 72, Diözese Basel. Sie hat zum Gegenstand die gleichen Probleme wie die zuerst besprochene Broschüre, analysiert die Schweizer Wohlstands- und Industriegesellschaft, die Probleme der Arbeit und der einzelnen Arbeitnehmergruppen sowie der Gesamtwirtschaft. In ihren Thesen zur Mitbestimmung bekennt sie sich zu «einer umfassenden, auch die Unternehmensebene einschliessenden Mitbestimmung», sie geht auch besonders ein auf das soziale Engagement der Kirche, besitzt aber auch kein Literaturverzeichnis, das hinführt zu einem vertieften Studium der behandelten Probleme.

Beide Broschüren ergänzen sich gegenseitig. Es ist instruktiv und interessant, das miteinander zu vergleichen, was in beiden Broschüren in bezug auf gleiche Probleme gesagt wird. Ein solch vergleichendes Lesen schärft den Blick und das Unterscheidungsvermögen des Lesers, liefert ihm wertvolle Informationen und vermittelt ihm nicht zuletzt ethische Impulse für eine konstruktive Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik.

M.

Willy Spieler: Kirche und Mitbestimmung. Der Beitrag der katholischen Soziallehre zur verfassungspolitischen Diskussion über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Schweiz. Herausgegeben von der Schweizerischen National-Kommission Iustitia et Pax. Paulusdruckerei Freiburg im Üechtland 1976, 203 Seiten, Fr. 10.-.

Die Schweizerische National-Kommission Iustitia et Pax, die von der Schweizerischen Bischofskonferenz den Auftrag erhalten hat, einen Beitrag zur Förderung der Gerechtigkeit und des Friedens in der Schweiz und in der Welt zu leisten, hat ihr Kommissionsmitglied Willy Spieler beauftragt, die Haltung der katholischen Weltkirche in bezug auf das Mitbestimmungsrecht eingehend und systematisch zu analysieren; das Ergebnis

dieser Analyse soll dann für die Mitbestimmungsdiskussion in der Schweiz ausgewertet werden.

Auf den ersten 56 Seiten seiner Arbeit umreißt der Autor Begriff, Wesen und Ziele der Mitbestimmung. Er wehrt sich dagegen, dass manche Unternehmer und Gegner der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene die Mitbestimmung mit partizipativem Führungsstil gleichsetzen wollen. Echte Mitbestimmung ist Teilnahme der Arbeitnehmer an der Verfügungsgewalt über den Produktionsprozess; sie ist Mitentscheidung und liegt nur dann vor, wenn sie ebenfalls auf die Unternehmensebene durchschlägt. Sie muss aber auch spielen am Arbeitsplatz, in allen produktionstechnischen, sozial- und personalpolitischen Fragen von Betrieb und Unternehmen. Ziele der Mitbestimmung sind die Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer, Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital im Unternehmen, Bindung wirtschaftlicher Macht, Demokratisierung von Wirtschaft und Unternehmen sowie die Überwindung der Klassengegensätze.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen wendet sich der Autor den Auseinandersetzungen über die gewerkschaftliche Mitbestimmungsinitiative in der Schweiz zu und schildert eingehend die Diskussionen in den Eidgenössischen Räten über einen neuen Verfassungsartikel, der die Grundlage einer gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung bilden sollte. Die Gewerkschaften fordern nicht nur das Mitentscheidungsrecht im personalen und sozialen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich der Unternehmung. Die Unternehmer hingegen lehnen es kompromisslos ab, dass die Verfügungsgewalt auf unternehmerischer und wirtschaftlicher Ebene, die bisher nach schweizerischem Recht allein dem Kapital zustand, aufgeteilt werden soll zwischen Arbeit und Kapital. Die Unternehmer lehnen eine Arbeitnehmervertretung in den Verwaltungsräten oder gar die paritätische Zusammensetzung der Verwaltungsräte rundweg ab, obwohl in diesen Gremien die Vor- und Grundsatzentscheidungen der allgemeinen Geschäftspolitik fallen und in ihnen über das Lebensschicksal von Hunderten und Tausenden von Arbeitnehmern entschieden wird, ohne dass die Arbeitnehmer auch nur das geringste dazu zu sagen und mitzuentcheiden hätten.

Wie stellt sich nun die katholische Kirche zu dieser unhaltbaren und menschenunwürdigen Alleinherrschaft des Kapitals? Spieler untersucht diese Frage eingehend und kommt zum Ergebnis, dass Mitbestimmung im Sinne der katholischen Soziallehre nicht nur Mitsprache bedeutet, sondern auch Mitentscheidung, die keine Entscheidungsebene der Wirtschaft ausspart und sowohl für die privaten als auch für die öffentlichen Unternehmen gilt. In diesem Sinne deckt sich der kirchliche Mitbestimmungsbegriff durchaus mit dem Sinngehalt der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative. Spieler kann sich da mit vollem Recht auf Texte der Sozialrundschriften der Päpste Pius XI., Pius XII. sowie Paul VI. berufen, besonders aber auf «Mater et magistra», Nrn. 82–103, als auch auf die Pastoralkonstitution «Über die Kirche in der Welt von heute», Nr. 68. In keinem dieser letzteren kirchlichen Texte wird die personale, noch die soziale, noch die wirtschaftliche Entscheidungsebene der Unternehmung ausgeklammert. Es wird in ihnen nach unserer Auffassung auch nicht unterschieden zwischen Gross-, Mittel- und Kleinbetrieben, und Spieler hätte deshalb noch deutlicher die Bedeutung der Mitbestimmung für alle, also auch für die Kleinbetriebe, herausstellen und betonen dürfen.

Was nun die Parität in der Mitbestimmung anbelangt, so meint Spieler: Auch wenn wir der kirchlichen «Soziallehre diesen Grundsatz nicht wörtlich entnehmen können, so steht doch nicht destoweniger fest, dass sie das Entscheidungsgewicht des Kapitals keinesfalls höher ansetzt als das Entscheidungsgewicht der Arbeit.» Für diese Auffassung sprechen neben manch anderen Stellen in den päpstlichen Sozialrundschriften, besonders «Mater et magistra» Nr. 107, und die erwähnte Pastoralkonstitution Nr. 68: Die menschliche Arbeit als unmittelbarer Ausfluss der menschlichen Natur und Person «hat Vorrang vor allen anderen Faktoren wirtschaftlichen Lebens, denn diese sind nur werkzeuglicher Art». Und die Schweizer Synode 72 sagt und im Anschluss daran vertreten auch die Schweizer Bischöfe die Auffassung, dass eine umfassende, möglichst gleichgewichtige Mitbestimmung aller Arbeitnehmer sowie die nötigen gesetzlichen Grundlagen einer umfassenden, auch die Unterneh-

mensebene einschliessenden Mitbestimmung in der Wirtschaft anzustreben sei (Bischöfliches Votum zur Mitbestimmung, NZZ, 5. Februar 1976, Seite 23).

Alles in allem: Willy Spielers Schrift, die zugleich gründlich über sehr viele Fragen der Mitbestimmung orientiert, zeigt eindrücklich, wie die Mitbestimmungsinitiative der schweizerischen Gewerkschaften wesentliche Anliegen der katholisch-kirchlichen Soziallehre verwirklichen will. M.

Wirtschaftspolitik in der Sicht von Herbert Ehrenberg

Viele üben heute Kritik an unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Doch mit Kritik allein ist noch keine bessere und gerechtere Ordnung aufgebaut. Um eine derartige Ordnung zu verwirklichen, brauchen wir ein praktikables und konkretes wirtschaftspolitisches Programm, die wirtschaftspolitische Konzeption einer besseren Zukunft. Ein solches Programm und eine solche Konzeption bietet das Buch *«Zwischen Marx und Markt, Konturen einer infrastrukturorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik»* von *Herbert Ehrenberg*, das im Verlag Genossenschaft Büchergilde Gutenberg erschienen ist. H. Ehrenberg war in den sechziger Jahren in Deutschland Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden. Im Herbst 1972 bewarb er sich erfolgreich um ein Direktmandat für den deutschen Bundestag und ist seitdem stellvertretender Vorsitzender eines Ausschusses für Wirtschaft und wirtschaftspolitischer Sprecher der Deutschen Sozialdemokratischen Partei.

H. Ehrenberg stellt in seinem Werk die Umriss einer Wirtschaftspolitik dar, welche die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für einen demokratischen und wahrhaft sozialen Rechtsstaat schafft sowie die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums kein leeres Wort sein lässt. Unter einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat versteht Ehrenberg einen solchen, der gegenüber dem liberalen Rechtsstaat folgende sozialen Fortschritte aufweist: mehr soziale Chancengleichheit, menschengerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen, mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, Vervollkommnung der sozialen Sicherung und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.

Um diese sozialen Fortschritte zu erreichen, schlägt Ehrenberg sehr mannigfaltige sozial- und wirtschaftspolitische Massnahmen vor, die nicht alle in den folgenden Ausführungen erörtert werden können. Wir wollen versuchen, einige der wichtigsten von Ehrenberg vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Massnahmen knapp darzustellen und zu würdigen.

Infrastruktur

H. Ehrenberg legt sehr grossen Wert auf den genügenden Ausbau der Infrastruktur: Eine gut funktionierende, eine dem Menschen angepasste Wirtschaft setzt eine gut ausgebaute Infrastruktur voraus. Denn ein grosser Teil der materiellen Infrastruktur schafft die unabdingbaren Voraussetzungen für die Entfaltung des Wirtschaftsprozesses und damit für das die Sicherheit der Arbeitsplätze garantierende Wirtschaftswachstum. Zukunftsorientierte Stätten der Bildung und beruflichen Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, ein gut funktionierendes Verkehrswesen und befriedigende Wohnverhältnisse sind nicht nur gesellschaftspolitisch notwendig, sie tragen wesentlich dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Ohne zügigen Ausbau der Verkehrswege und Einrichtungen der Nachrichtenübermittlung sowie der Energieversorgung zum Beispiel käme der privatwirtschaftliche Produktionsprozess sehr schnell ins Stocken. Eine gut ausgebaute Infrastruktur verbessert die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums. Und der Umweltschutz bringt nicht nur Kosten für Staat und Unternehmen, sondern er wirkt sich auch positiv aus auf die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden des Menschen; er trägt deshalb bei zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums. Da nun der Ausbau der Infrastruktur vor allem Aufgabe des Staates ist, so ist auch klar, wie kurzsichtig eine Staats-, Steuer- und Wirtschaftspolitik wäre, die wohl zu privatem Reichtum, aber zu öffentlicher Armut führt, das heisst den notwendigen Ausbau der Infrastruktur verhindert.

Einkommens- und Vermögensverteilung

Eingehend befasst sich Ehrenberg mit den Problemen der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Um gerechtere Verhältnisse zu schaffen, braucht es nach Ehrenberg etwas anderes als die traditionelle gewerkschaftliche Nominallohnpolitik. «Das gewerkschaftliche Ziel einer Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Volkseinkommen ist nur zu erreichen, wenn es gelingt, bei den Tarifanschlüssen Lohnerhöhungen durchzusetzen, die über die Zuwachsrate des Sozialproduktes hinausgehen.» Aber diese Lohnerhöhungen, insofern sie die Zuwachsrate des Sozialproduktes übersteigen, dürfen nicht auf den Konsumgütermärkten als Nachfrage erscheinen, sondern müssen gespart werden und über den Kapitalmarkt der Wirtschaft für Investitionszwecke wieder zur Verfügung stehen. Ehrenberg postuliert deshalb vermögenswirksame Tarifvereinbarungen und den Aufbau von Arbeitnehmer-Investmentsfonds, die auch willkommene Gegengewichte gegen den Einfluss von Grossbanken wären.

Mitbestimmungsrecht

In der paritätischen Mitbestimmung sieht Ehrenberg nicht nur ein Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft, sondern auch ein Instrument, um das soziale Klima und die Produktivität der Wirtschaft zu verbessern. Denn die Mitbestimmung zwingt zur Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und die Sachkunde der Arbeitnehmer findet Eingang in den Entscheidungsprozess der Unternehmen. Durch das paritätische Mitbestimmungsrecht wird die Wirtschaft sozial stabiler und ausgeglichener sowie auch wesentlich produktiver. Das ist äusserst wichtig, denn ohne Leistungssteigerung lässt sich kein sozialer Fortschritt erzielen. Noch niemand hat bisher erklären können, wie der Ausbau der sozialen Sicherung ohne Leistungssteigerung durchgeführt werden kann. Deshalb ist auch nicht die Abschaffung des Leistungsprinzips zu propagieren, sondern seine Befreiung von Übersteigerungen und seine Ergänzung durch das Mitbestimmungsrecht.

Geldpolitik und Export

Im Buch von H. Ehrenberg werden fortlaufend die Probleme der Geldpolitik und der Exportindustrie besprochen. Ständige Exportüberschüsse sind «gleichbedeutend mit ständigem Verzicht auf mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft für die Bürger des eigenen Landes. Sie bilden ausserdem eine beständige Quelle der Vermehrung des Geldvolumens und damit der Verstärkung von Preissteigerungstendenzen». Die Überschüsse an ausländischen Zahlungsmitteln beziehungsweise Devisen muss ja die Notenbank in nationale Zahlungsmittel umtauschen. Deshalb kritisiert Ehrenberg auch die Wechselkurspolitik der Deutschen Bundesrepublik. Durch viel zu langes Festhalten an fixen Wechselkursen wurde die D-Mark unterbewertet, und es wurden dadurch die wahren Wettbewerbsverhältnisse auf den internationalen Märkten verschleiert. So konnte man Exportgeschäfte auch dort aufbauen, wo die echten Kostenrelationen dem widersprochen hätten. Eine absolute Autonomie der Notenbank lehnt Ehrenberg ab. Er fordert die Ausrichtung der Geld- und Kreditpolitik der Notenbank auf alle gesamtwirtschaftlichen Ziele wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, optimales Wirtschaftswachstum bei Aussenhandelsgleichgewicht und gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Regierung und Notenbank eng zusammenarbeiten und auch eine parlamentarische Kontrolle der Notenbankpolitik ins Auge gefasst wird.

Wirtschaftsverfassung

H. Ehrenberg setzt sich gründlich auseinander mit dem Problem der Wirtschaftsverfassung: Sollen wir die zentralistische Planwirtschaft mit totaler Verstaatlichung der Produktionsmittel befürworten – oder sollen wir uns entscheiden für eine soziale Gestaltung der Marktwirtschaft durch breite Einkommens- und Vermögensstreuung, Mitbestimmungsrecht sowie optimale Kombination von Rahmenplanung und Markt?

Um die richtige Antwort auf diese Frage zu finden, befasst sich Ehrenberg eingehend mit der zentralistischen Planwirtschaft in den kommunistischen Ländern und den Auffassungen der Reformkommunisten K. G. Zinn, W. Brus und O. Sik.

Im sozialistischen zentralplanwirtschaftlichen Wirtschaftssystem werden Produktion und Verteilung des Sozialproduktes nicht durch den Markt, die Verbraucher und Unternehmer gesteuert, sondern durch eine zentrale Planungsbürokratie, auf welche die Unternehmer und Verbraucher keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben. Eine befriedigende Abstimmung der Produktionsstruktur auf die Nachfragestruktur ist aber in diesem System nicht gelungen. Die zentrale Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses durch eine staatliche Planungsbürokratie führt weiter zu einer Verschmelzung von staatlicher und wirtschaftlicher Macht, und es fragt sich, wer die so mächtige Planungsbürokratie beruft und kontrolliert. Durch die Ausschaltung der Konkurrenz geht auch der natürliche Anreiz zur Verbesserung der Produktion, zu rationellem Produzieren und zur Innovation verloren; die zentrale Planung von Produktion und Verteilung ist faktisch eine beinahe unbeschränkte Herrschaft der Planungsbürokratie über Konsumenten und Unternehmensleiter. Die Betriebe und ihre Leiter sind nichts anderes als Vollzugsorgane der Planungsbürokratie. Deshalb ist in der Zentralplanwirtschaft auch kein Raum vorhanden für das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer.

Aus all diesen Gründen entscheidet sich H. Ehrenberg für eine marktwirtschaftliche Ordnung mit ernstgenommener Sozialbindung, mit optimaler Kombination von staatlicher Wirtschaftslenkung und Markt, mit Vorrang der öffentlichen Investitionen, paritätischem Mitbestimmungsrecht und breiter Einkommens- und Vermögensstreuung. Nicht Revolution, nicht sogenannte «Systemüberwindung», sondern politischen Mut zu durchgreifender sozialer Reform unserer kapitalistisch entarteten Marktwirtschaft: das brauchen wir nach der Auffassung von Herbert Ehrenberg, um eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erkämpfen.

J. M.